DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Bündnis 90/Die Grünen
Fraktionsvorsitzende
Frau Anja Siegesmund

Bodo Ramelow
Fraktionsvorsitzender

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Telefon 0361 / 377 2323
Telefax 0361 / 377 2416

ramelow@die-linke-thl.de
www.die-linke-thl.de

Sparkasse Mittelthüringen
Konto-Nr. 130 089 796
BLZ 820 510 00

Erfurt, 17. Juni 2011

Sehr geehrte Frau Kollegin Siegesmund,

haben Sie Dank für Ihr Schreiben vom 16. 6. 2011.

Ich habe Ihr Anliegen dem Fraktionsvorstand und unseren Haushältern zur Kenntnis gegeben und darf Sie nach dieser Rücksprache darüber informieren, dass wir in der Zielstellung, einen handlungsfähigen Staat haben zu wollen, zwar übereinstimmen, aber weder über das Konzept der Schuldenbremse noch bei der Vorstellung, wie man einen auskömmlich finanzierten Staat organisieren müsste, hinreichende Übereinstimmung zwischen den angeschriebenen Fraktionen, uns und Ihnen wahrnehmen können. Eine auskömmliche Finanzierung setzt eine faire Steuereinnahmenseite voraus, und hier können wir keine gemeinsame Linie, gerade in Bezug auf Steuerarten wie Finanztransaktionssteuer, Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer erkennen.

Bei der sogenannten Schuldenbremse, wie sie durch die Föderalismuskommission dem Bundestag zur Entscheidung zugeleitet wurde, können wir überhaupt keine Gemeinsamkeiten feststellen, denn es ist zutiefst ungerecht, dass der Bund im Grundgesetz für sich etwas anderes hat festlegen lassen wie das, was den Ländern letztendlich verordnet wurde. Den politisch faulen Kompromiss letztendlich mit Zustimmung aller anderen Parteien im Bundesrat abzusegnen, ist ein schlechtes Geschäft für die finanzschwächeren Bundesländer und perspektivisch auch für Thüringen.

Schon in den Sondierungsgesprächen nach der Thüringer Landtagswahl hatte der Unterzeichner SPD und Bündnis 90/Die Grünen darauf hingewiesen, dass der Freistaat Thüringen dringend das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anrufen müsste, um Maßstäbe durch das Bundesverfassungsgericht zu erreichen, wie eine auskömmliche Finanzierung der Bundesländer sichergestellt werden kann.
Unsere Vorstellung von Generationengerechtigkeit schließt die Frage ein, wie das Sozialstaatsgebot auch in Zukunft in allen Ländern verwirklicht werden kann, um benachteiligten Kindern und Jugendlichen in kommenden Zeiten Teilhabe an Bildung und sozialer Gerechtigkeit zu ermöglichen.

Außerdem stehen die Fraktionen im Thüringer Landtag in der Pflicht, eine transparente Finanzierungsverteilung über den kommunalen Finanzausgleich endlich herzustellen, denn die derzeitige Intransparenz wird nicht besser, wenn man nun diese völlig verunglückte Schuldenbremse des Grundgesetzes auch noch in die Landesverfassung hineinschreibt.
Weder haben wir in den folgenden Jahren ausreichende Finanzmittel für das Bundesland Thüringen noch garantieren wir als Landesgesetzgeber eine transparente und faire Verteilung der Geldmittel

an die Städte und Gemeinden in unserem Freistaat. Auch die möglichen Optimierungsressourcen im Rahmen einer umfassenden Verwaltungsreform, in deren Ansatz dann die Kommunal- und Gebietsreform folgen muss, können wir als Gemeinsamkeit zwischen den Landtagsfraktionen ebenfalls nicht erkennen.

Das Vehikel der Schuldenbremse nun als Allheilmittel anzusehen, um die bestehenden gravierenden politischen Unterschiede in den Konzepten zur Entwicklung des Landes so zu nivellieren, dass mit Hilfe der Keule der Schuldenbremse mehrheitsfähige Entscheidungen auf Basis der vorhandenen zu geringen Haushaltsmittel zu erzielen wäre, halten wir für einen schlimmen Irrweg.
Am Schluss werden wir weder mehr Druck auf den Bund für eine fairere Finanzverteilung noch einen höheren Druck zu einer breiteren Finanzeinnahme erreichen.
Dies alles führt letztendlich zu einem gravierenden Abbau an politischer Handlungsfähigkeit, an der wir als Fraktion DIE LINKE nicht auch noch helfend die Hand reichen wollen.
Schuldenbremse ohne stärkere und breitere Steuereinnahmen zu verabschieden, halten wir für eine Geisterfahrt, da wir uns den jeweiligen Mehrheiten des Bundestages aussetzen müssten und das auch unter Verzicht, um so mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichtes ein neues, ein stärkeres Maß an Handlungsfähigkeit für das Thüringer Parlament zu erreichen.

Ohne diese Maßstäbeklage in Karlsruhe sehen wir uns nicht in der Lage, an einer diesbezüglichen Verfassungsänderung mitzuarbeiten.
An freundlichen Gesprächen soll es nicht mangeln, in der Zielprojektion sind wir meilenweit auseinander, aber ausdrücklich stimmen wir zu, das Geldausgeben kein Selbstzweck ist und dass das Anhäufen von Schulden keine Zukunftsfähigkeit ermöglicht.
Für den Thüringer Schuldenberg trägt aber einzig die Thüringer CDU die Verantwortung und daran ändert sich auch nichts, wenn deren Jugendorganisation mit populistischen Aktionen vor dem Landtag von dieser Verantwortung ablenken will.

An einem Konzept zur deutlichen Reduzierung öffentlicher Schulden mit Hilfe eines modernen gesamtdeutschen Lastenausgleichsgesetzes würden wir mitarbeiten, damit vor allem auch die beteiligt werden, die bislang ganz gut an öffentlichen Schulden verdient haben, denn gleichzeitig ist privates Vermögen dynamisch angewachsen.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

Nachrichtlich an die Fraktionsvorsitzenden:
CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
FDP-Fraktion